

Isaf-Einsatzregeln offenbar nicht eingehalten

Heute Regierungserklärung der Kanzlerin zum Luftangriff in Afghanistan

löw./boe. BERLIN/KUNDUS, 7. September. Angesichts der Debatte über einen von Deutschen befohlenen Luftschlag bei Kundus will Bundeskanzlerin Merkel (CDU) an diesem Dienstag eine Regierungserklärung zu dem Einsatz in Afghanistan abgeben. Das teilte Regierungssprecher Wilhelm am Montag in Berlin mit. Verteidigungsminister Jung (CDU) rechtfertigte den Angriff vom vergangenen Freitag, bei dem nach immer noch widersprüchlichen Angaben mehr als 50 oder mehr als 120 Menschen getötet worden sein sollen. Es habe eine Bedrohung abgewendet werden müssen.

Der Angriff in der Nacht zum Freitag hatte zwei in der Nähe des deutschen Feldlagers Kundus von Taliban-Kämpfern gekaperten Tanklastwagen gegolten. Nach Darstellung des Verteidigungsministeriums habe es "in jüngster Vergangenheit sehr ernst zu nehmende Hinweise" gegeben, dass die Aufständischen solche Tankwagen als Bomben gegen das regionale Wiederaufbauteam (PRT) der Afghanistanschutztruppe Isaf oder gegen die afghanischen Sicherheitskräfte in Kundus einsetzen wollten. Daher habe der örtliche Isaf-Kommandeur, ein deutscher Oberst, den Piloten zweier amerikanischer Kampfflugzeuge den Befehl gegeben, die Lastwagen mit Bomben anzugreifen.

Die geheim gehaltenen Einsatzregeln der Nato, die die Isaf-Truppe führt, sehen einen solchen Waffeneinsatz vor, wenn so eine "unmittelbare Bedrohung" abgewendet werden kann. Während dies nach

deutscher Darstellung gegeben war, kommt ein vorläufiger Bericht des Isaf-Hauptquartiers ("Initial Action Team Report") nach Informationen dieser Zeitung zu dem Ergebnis, dass die Einsatzregeln verletzt worden sein könnten. Der Bericht liegt Berlin seit Sonntagabend vor.

Bilder der Luftaufklärung, so ein Sprecher des Verteidigungsministeriums, hätten ergeben, dass 56 Personen getötet worden seien und 14 flüchteten. Während die Zahl von 56 Toten auch von örtlichen afghanischen Amtspersonen in einem Schreiben an Präsident Karzai in Kabul am Freitag übermittelt wurde, präsentierte ein Polizeivertreter in Kundus am Montag eine Totenliste mit 136 Namen. Zugleich teilte er mit, sie enthalte Unstimmigkeiten. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Seiten 3 und 8.)

Verteidigungsminister Jung schloss am Montag anders als noch am Wochenende nicht aus, dass auch unschuldige Zivilisten unter den Toten seien. Er schloss sich einer Formulierung der Bundeskanzlerin an, wonach er es bedauern würde, wenn Zivilisten dem Angriff zum Opfer gefallen sein sollten. Jung sagte, es habe ein Lagebild gegeben, das eine "sehr konkrete Bedrohung" für die Bundeswehrsoldaten bedeutet habe. "Wenn die Taliban in den Besitz von zwei Tanklastwagen kommen, dann ist das eine konkrete Gefahrenlage auch für unser Lager und unsere Soldaten." Jungs Sprecher sagte: "Dieser Einsatz war militärisch notwendig und richtig."

Entscheidend für die Frage der Einsatzregeln ist es, wie es von Seiten der Nato heißt, ob die beiden Tanklastwagen eine unmittelbare Bedrohung für eigene Kräfte oder Schutzbefohlene darstellen. Auch muss geprüft werden, ob die Bedrohung mit anderen Mitteln beseitigt werden kann, also vor allem durch den Einsatz von Soldaten am Boden. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums konnte am Montag keine Auskunft geben, welche Alternativen in der Nacht gegebenenfalls geprüft worden sind. Er schloss aber aus, dass nicht genug Kräfte für eine Mission am Boden vorhanden gewesen wären, weil gleichzeitig eine Operation gegen Aufständische nordostwärts von Kundus geführt wurde. An dieser Operation gemeinsam mit afghanischen Sicherheitskräften mehr als 60 Kilometer vom Geschehen mit den Tanklastwagen entfernt waren zwischenzeitlich bis zu 300 deutsche Soldaten beteiligt.

Ein weiterer Grundsatz lautet, dass mehr als eine Quelle die Gewissheit geben müsse, dass keine Zivilisten durch einen Luftschlag oder Artilleriebeschuss zu Schaden kommen können. Die Zeitung "Washington Post" hatte am Wochenende berichtet, es sei im wesentlichen eine Quelle gewesen, ein afghanischer Informant, der diese Annahme gestützt habe. Das Ministerium in Berlin widersprach dem und nannte darüber hinaus die Luftbilder zweier amerikanischer Flugzeuge sowie eine vierte, geheimzuhaltende Quelle.